

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. J. Schles., Hofstieferant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Oll. Liekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
J. Hirschfeld in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kad. Rose, Haasenstein & Sohn P.-G.,
G. L. Daube & Co., Insolidewerk.

Verantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 820

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen jeden Tag jedoch nur zweimal.
Das Abonnement beträgt vierzehn
Jahre 450 M. für die Stadt Posen, 545 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 21. November.

1893

Postausgabe, die jedes zweite Werkstück über diese Summe
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., so besagte
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Postamttag, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Deutschland.

L.C. Berlin, 20. Nov. [Die "Kreuzztg." über das Volkschulgesetz.] Vorigestern hat die "Kreuzztg." dem Liberalismus wieder einmal den Todtenschein ausgestellt. Heute nimmt sie den Mund besonders voll, um zu erklären: "Die Konservativen fürchten den Kampf mit dem Liberalismus nicht; sie werden ihn vielmehr mit aller Energie führen." Seit wann bedarf es "aller Energie", um einen Todten zu bekämpfen? Offenbar aber halten auch diese konservativen Kämpfer Vorsicht für den besseren Theil der Tapferkeit. Zwar erklären sie: "Die Wahlen haben unwiderleglich dargethan, daß die weitauß überwiegende Mehrheit des Volkes einem Volkschulgesetz auf christlicher Grundlage durchaus sympathisch gegenübersteht." Wenn die "Kreuzztg." und ihre Hintermänner davon wirklich überzeugt sind, so läge doch nichts näher, als sofort beim Zusammentritt des neuen Abgeordnetenhauses das Beditzsche Volkschulgesetz als ihren Initiativantrag im Abgeordnetenhaus einzubringen. Aber daran denken die Herren gar nicht. Die "Kreuzztg." schreibt nämlich: "Die Volkschulfrage muß — nach den agrarischen Fragen — der Kampfsboden für die konservative Partei in der kommenden Legislaturperiode des Landtags sein." — Nach den agrarischen Fragen — d. h. erst das Geschäft und dann das Vergnügen.

Der Reichskanzler Graf Caprivi sollte nach der Angabe der "Zukunft" in einer Unterredung mit einem konservativen Abgeordneten, als den das "Volk" den Frhrn. von Monteuffel genannt hat, gegenüber den Klagen über die Noth der Landwirtschaft geäußert haben, die Landwirthe müßten, wenn sie zu thuerer gekauft hätten, abschreiben, "und zwar gleich 50 Prozent." Auf den Einwand, daß das für die verschuldeten Landwirthe der Bänkerott sei, hätte der Reichskanzler geantwortet: "Nun, dann gehen die jetzigen Besitzer eben zu Grunde; es werden neue billig kaufen und leben können." Dazu bemerkte die "Kreuzztg.":

Es ist richtig, daß der Reichskanzler in einem Gespräch über die Lage der Landwirtschaft sich bezüglich deren Zukunft in ähnlicher Weise zu Herrn von Monteuffel geäußert hat. Indessen ist der Wortlaut dieser Auseinandersetzung von der "Zukunft" unrichtig wiedergegeben, insbesondere ist die Bemerkung von "50 Proz. Abschreibung" nicht gefallen.

Gleichwohl bleibt die Thatsache bestehen, daß der Reichskanzler sich bezüglich der Noth der verschuldeten Landwirthe in einer Weise geäußert hat, die mit den Forderungen der Agrarier in absolutem Widerspruch steht. Man erinnert sich übrigens, daß in der letzten Session des Abgeordnetenhauses der landwirtschaftliche Minister v. Heyden in ganz demselben Sinne gesagt hat, daß dem über eine gewisse Grenze hinaus verschuldeten Großgrundbesitzer durch keinerlei agrarpolitische Maßnahmen zu helfen sei.

Zur Geschichte der Entlassung des Fürsten Bismarck im März 1890 läßt jetzt der Altreichskanzler durch Hans Blum allerlei veröffentlichten. Hans Blum, der bekanntlich eine Schrift herausgibt "Das deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", heißt der "Straßb. Post" zur Geschichte über die Entlassung einen Auszug mit. Danach soll Minister v. Bötticher zum Kaiser gesagt haben: "Wenn Majestät dem Großen Friedrich nachstreben, so müssen Sie vor allem den Fürsten Bismarck beseitigen." Weiter berichtet Hans Blum über den nächsten Anlaß zu der Entlassung Folgendes:

Sobald der Kaiser von dem vielbeprochenen Besuch Windhorsts bei Bismarck erfuhr, sandte er den Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus an den Reichskanzler mit dem Gebot: der Kaiser fordere vom Fürsten Bismarck, daß dieser dem Kaiser zuvor Bericht erstatte, wenn er Abgeordnete bei sich empfangen wolle, um mit ihnen politische Gespräche zu führen.

Fürst Bismarck erwiderte darauf etwa: Er bitte, Sr. Majestät zu sagen, er lasse niemanden über seine Schwelle verfügen.

Danach erhielt der Kaiser am 15. März ganz früh, als Fürst Bismarck noch im Bett lag, im Palais des Reichskanzlers und verlangte diesen sofort zu sprechen. Fürst Bismarck heidete sich rasch an und trat dem Kaiser gegenüber. Der Monarch fragte den Fürsten erregt, was seine Unterhandlungen mit Windhorst zu bedeuten hätten. Bismarck erwiderte, daß es sich um Privatangelegenheiten gehandelt habe. Darauf betonte der Kaiser, daß er das Recht habe, von Verhandlungen seines Kanzlers mit einem Parteiführer wie Windhorst rechtzeitig zu erfahren. Diesen Anspruch wies Bismarck mit der Erklärung zurück, daß er seinen Berlehr mit Abgeordneten keiner Aufsicht unterwerfen und über seine Schwelle niemanden gebieten solle. Die Szene nahm dann etwa folgenden weiteren Verlauf: "Auch nicht, wenn ich es Ihnen als Ihr Souverän befiehle?" rief der Kaiser in großer Erregung. "Der Befehl meines Herrn endet am Salon meiner Frau," erwiderte Bismarck fest. Dann setzte er noch hinzu: Nur in Folge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er in seiner Stellung verblieben. Er sei aber gern bereit, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, wenn er dem Kaiser unbehaglich werde.

Am frühen Morgen des 17. März schickte der Kaiser den

General v. Hahnke zu Bismarck mit dem Auftrag: der Kaiser erwarte das Entlassungsgebot des Fürsten. Letzterer erwiderte dem General, der den Auftrag nicht als einen direkten ausgerichtet hatte, ungefähr: Er würde aus rein politischen Erwägungen es für eine Gewissenhaftigkeit gegenüber dem Kaiser und seinem Vaterlande halten, unter den jetzigen Verhältnissen fahnenflüchtig zu werden. Außerdem aber würde ein vom Fürsten eingereichtes Entlassungsgebot auch ein falsches geschichtliches Bild der Sachlage geben. Es stehé ja in der Macht des Kaisers, dem Fürsten jederzeit seine Entlassung zu geben. Der Kaiser von Österreich sage auch, wenn er einen Minister nicht mehr wolle: "Wir haben befunden," den und jenen seiner Aemter zu entheben. Er, Bismarck, könne seine politische Laufbahn nicht mit einem Akt beschließen, dessen Folge er für das größte Unglück halten müsse, von dem unser Volk zur Zeit betroffen werden könnte.

Nachdem General v. Hahnke so beschieden war, erschien am nächsten Tage noch der Chef des Zivilkabinetts, v. Lucanus, mit dem direkten Befehl des Kaisers, an Bismarck: bis zu einer bestimmten Stunde dem Kaiser sein Entlassungsgebot zu unterbreiten. Dieser Auftrag war aber nicht der einzige. Der Unterhändler des Kaisers teilte dem Fürsten auch mit: der Kaiser biete ihm an, ihn zum Herzog von Lauenburg zu machen, worauf Fürst Bismarck etwa erwiderte, daß hätte er schon lange werden können, wenn sein Streben danach gestanden hätte. Herr v. Lucanus glaubte dem Fürsten ferner die Verstärkung geben zu können; der Kaiser mache sich verbindlich, daß dem Fürsten zur ermöglichen der standesgemäßen Führung des Herzogsrangs eine Dotierung bewilligt werde. Fürst Bismarck wies auch das bestimmt zurück, indem er ungefähr äußerte: Er habe doch eine solche Laufbahn hinter sich, daß man ihm nicht zumuthen könne, dieselbe dadurch zu beschließen, daß er einer Gratifikation, wie sie etlichen Postbeamten zu Neujahr thell werde, nachlaufe.

Fürst Bismarck, so erzählt Hans Blum weiter, habe gegenüber dem bestimmten Befehl seine Entlassung einzureichen, das Gefühl gehabt, schön heraus zu sein. Er sei bereit, seine schlichte Absezung sofort zu unterzeichnen, erklärte er Herrn v. Lucanus; zu einem Abschiedsgebot aber, welches das lezte amtliche Schriftstück eines um die Geschichte Deutschlands und Preußens eingerahmten verbündeten Ministers bilden müsse, bedürfe er längerer Zeit. Das sei er sich und der Geschichte schuldig. Die Geschichte solle einst wissen, warum er seine Entlassung erhalten habe. Fürst Bismarck schrieb darauf vom 18. zum 19. März eine eigenhändige Einlage an den Kaiser, in welcher er die politische Lage und die Gründe erörterte, welche ihm, wenn nicht der bestimmte Befehl des Kaisers vorläge, den Rücktritt, trotz seiner Jahre und seiner Erfahrungsvorlesungen, im Staatsinteresse nicht erlaubt erscheinen ließen. Diese umfangreiche Denkschrift begann wohl zunächst mit einer eingehenden Behandlung der Stellung des Ministerpräsidenten gegenüber seinen Kollegen im preußischen Staatsministerium.

Der Kaiser erhielt die Denkschrift des Fürsten Bismarck vom 18. März erst gegen Mittag des 20. März, und er konnte das umfangreiche Schriftstück nur eben durchgelesen haben, als wenige Stunden später die beiden Chefs der kaiserlichen Civil- und Militärkabinets, Lucanus und Hahnke, dem Fürsten Bismarck bereits die Entlassung brachten. Zugleich wurde dem Fürsten die Würde eines Herzogs von Lauenburg verliehen und das lebensgroße Bildnis des Kaisers versprochen. Am 26. März verabschiedete sich Fürst Bismarck im Kaiserpalast. Fast anderthalb Stunden dauerte der Aufenthalt des Fürsten im Schloss. Zunächst erschien beim Eintritt die Kaiserin mit den Prinzen. Sie nahm herzlichen Abschied von dem Entlassenen. Die Kaiserin drückte dem Fürsten Bismarck fest die Hand und rief ihm ergriffen zu: "Leben Sie wohl! Die Prinzen stimmen in den Ruf ein. Ich nach dieser Szene kam der Kaiser. Was er mit dem Fürsten gesprochen, ist nicht bekannt geworden.

Im Gegensatz zu obiger Darstellung, die Fürst Bismarck durch Hans Blum über die näheren Umstände seiner Entlassung geben läßt, heißt es in dem kaiserlichen Handschreiben, welches die Entlassung des Fürsten Bismarck ausspricht unter anderem:

"Mein lieber Fürst! Mit dieser Bewegung habe ich aus Ihrem Gesicht vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Aemtern zurückzutreten, welche Sie seit Jahren mit unvergleichlichem Erfolg geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, mich von Ihnen zu trennen, bei unserem Leben nicht näher treten zu müssen. Wenn ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktritts jetzt genehmigt bin, mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuchs dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unerreichbares Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche u. s. w."

Die "Freie. Ztg." bemerkt dazu: Der Wortlaut dieser Kabinetsordre steht in direktem Widerspruch zu der Darstellung von Hans Blum. Wir sind weit entfernt davon, die Darstellung von Hans Blum für eine wahrheitsgetreue zu erachten im Gegensatz zu dem kaiserlichen Handschreiben; aber wir halten es für nothwendig, daß nunmehr auch von amtlicher Seite die näheren Umstände bei der Entlassung des Fürsten Bismarck, wie sie sich wirklich ereignet haben, zur

näheren Ergänzung des kaiserlichen Handschreibens veröffentlicht werden.

— Die "N. A. Z." schreibt: Um Hinblick auf die bevorstehende, zum ersten Male nach neuem Gesetz stattfindende Bußtagstagsfeier ist es nicht ohne Interesse, festzustellen, von welchem Erfolg bis jetzt die sich seit ungefähr 20 Jahren hinziehenden Bemühungen für Einführung eines gemeinsamen deutschen Bußtagstags begleitet sein sollten. Prinzipiell ausgeschlossen von der Verfolgung eines solchen Planes haben sich vornehmlich die süddeutschen Staaten und Hessen-Darmstadt. Die norddeutschen Bundesstaaten haben sich einstimmig einverstanden damit erklärt, daß ein solches Ziel erreichenswert sei, mit Ausnahme von Mecklenburg-Strelitz und Reuß ältere Linie. Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin war bereit, die Landesbußtagstagsfeier auf denselben Tag mit der preußischen zu legen, stieß aber auf Widerspruch im Landtage, was um so weniger leicht zu verstehen ist, als nur eine Verlegung um 12 Tage in Frage stand. Ein erstaunlicher Anschluß an die preußische Bußtagstagsfeier ist bereits erreicht im Königreich Sachsen, in Anhalt, Sachsen-Altenburg, Waldeck, Braunschweig, einem Theil von Oldenburg (den Fürstentümern Lübeck und Bützow), sowie den Hansestädten.

— Zum deutschen Tabak-Arbeiterkongress sind etwa 200 Teilnehmer angemeldet. Der Reichskanzler sandte an den Tabakarbeiter-Kongress ein Schreiben, die Häufung der Dienstgeschäfte gestatte nicht, einen Regierungskommissar zu entenden, doch werde ihm die Mitteilung des Ergebnisses der Verhandlungen erwünscht sein.

— Die Verhandlung gegen die beiden nach Leipzig überführten französischen Spione wegen Landesverrat s finden noch vor Weihnachten vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafgericht des Reichsgerichts statt.

* Dresden, 19. Nov. In den sächsischen Staatshaushalt für 1894/95 ist für den 1869 geborenen Prinzen Johann Georg, ein Sohn des Prinzen Georg, der hausgesetzlich festgestellte Etablierungsbeitrag von 24 666 M. und überdies eine Anlage von jährlich 100 000 M. eingetellt. Die letztere ist mit Rücksicht darauf eingeteilt, daß zur Besteckung der laufenden Hofhaltungskosten Sr. königl. Hoheit die an sich dazu verpflichtete Sekondogenitur mit ihrer Jahresrente von 262 083 M. nicht ausreicht. Wirklich nicht?

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 20. Nov. [Prozeß Hugo Löwy und Genossen. Fortsetzung.] Zeuge Jüttie, bei dem der Angeklagte bei seinem ersten Aufenthalt in Berlin gewohnt hat, bestätigt, daß Löwy damals als Chambregarnist bei ihm gewohnt, aber niemals Miete bezahlt habe, weil es ihm armlich ging. Im Mai 1878 habe Löwy ihm erzählt, daß er ins Bad reisen und bald mit genügendem Mitteln zurückkehren würde. Der Zeuge habe ihm Vertrauen geschenkt und ihm noch mehrere Reisegegenstände geliehen. Er habe vergebens auf seine Rückkehr gewartet und als er sich an die Polizei nach Wien gewandt, habe er den Bescheid erhalten, daß Löwy von dort durchgebrannt. Als er später von den Löwischen Bankgeschäften hörte, habe er nicht geahnt, daß deren Inhaber mit seinem früheren mittellosem Chambregarnisten identisch sei. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß die "Kleinigkeit" in Vergessenheit geraten sei. Weiter streitet der Angeklagte, daß er in Paris selbst seinen Namen wiederholt geändert habe. Der Name "Hugo" bestehet im Französischen als Vorname nicht, man habe angenommen, daß es sein Familienname sei, und ihn deshalb "Mr. Hugo" genannt. Er habe deshalb auch bei einem seiner dortigen Unternehmen "Hugo u. Co." firmirt. Die "Banque commerciale", deren Direktor der Angeklagte war, habe sich nur oder doch hauptsächlich mit dem Verkaufe von Panama-Loosen beschäftigt, als Inhaber dieses Instituts habe er einfach "Direktor Hugo" gezeichnet, dagegen habe er gleichzeitig noch ein anderes Geschäft gehabt, für welches er "Hugo u. Co." zeichnete. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, ob derselbe nicht mit einem brüderlichen Bruder Namens Hammerstein, der später zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden sei, in Verbindung gestanden habe. Löwy gibt dies zu, die Verbindung habe sich aber darauf bekräftigt, daß er dem Hammerstein einmal deutsche Wechsel gegen französische umgetauscht habe.

— Er sei aus Paris fortgegangen, so erklärt der Angeklagte weiter, weil ihm zu viele Schwierigkeiten in Betreff seines Aufenthalts gemacht seien. Man habe ihn deshalb missliebig angefeindet, weil er Front gegen die Panama-Gesellschaft gemacht hatte. Man wollte mir die Aufenthalts-Bescheinigung nicht verlängern. Deshalb war ich außer Stande, mich wegen der erhobenen Anklage zu verantworten und deshalb erfolgte meine Verurtheilung in contumaciam. Bei seiner Rückkehr nach Berlin habe er sich Bergwerksbesitzer Bloch aus Breslau genannt, um sich nicht einer Verfolgung seitens der französischen Behörden auszusetzen, nachdem die "Petite bourse" zusammengebrochen.

— Präs.: Hatten Sie nicht widerrechtlich einen Theil des Vermögens dieser Bank mitgenommen? — Angekl.: Nein, der Direktor Berry hat mir meinen Anteil gegen 100 000 M. ausbezahlt. — Präs.: Was haben Sie denn mit dem Geld gemacht? — Angekl.: Ich habe es meinem Vetter Krollig gegeben. Dieser wurde unter dem Verdacht sozialdemokratischer Umrüste verhaftet und ihm das Geld abgenommen. Mein Rechtsbeistand Dr. Fritz Friedmann, wollte durchaus, daß ich mit ihm zur Polizei fahren und das Geld als mein Eigentum reklamieren sollte, ich wollte mich darauf aber nicht einlassen, weil ich fürchtete, in Folge der erwähnten Notiz in den französischen Zeitungen festgehalten zu werden. Ich zog es vor, dem Dr. Friedmann Vollmacht zu erteilen und nach Dresden zu reisen. Hier las ich in einer Zeitung, daß ich mit einer Million aus Frankreich durchgebrannt sei, 70 000 M. habe man mir in Berlin abgenommen, ich sei dann aber mit dem Rest nach Russland entkommen. Nun reiste ich von Dresden wieder ab. — Präs.: Bisher haben Sie hartnäckig verwirkt anzugeben, wo Sie sich in der nächsten Zeit aufzuhalten, wollen Sie es heute sagen? — Angekl.: Ja, Herr Präsident, ich war in Frankreich. — Präs.: Wo da? — Angekl.: Ich war erst in Paris und bin dann nach der Provence gereist. — Präs.: Wo

denn? — Angekl.: Herr Präsident, ich möchte es nicht gern sagen. — Präf.: Früher haben Sie Moulin angegeben. — Angekl.: Zuerst die Achseln und schwelten. — Präf.: Haben Sie später Ihr Geld durch Dr. Friedmann zurückgehalten? — Angekl.: Jawohl, nach Abzug der Kosten. — Präf.: Standen Sie denn mit Dr. Friedmann während Ihres Aufenthalts in Frankreich in Verbindung? — Angekl.: Ja, es wurden Briefe an mich unter der Adresse „Xavier Wilhelm“ geschrieben. — Präf.: Wollen Sie den Dr. Friedmann von der ihm obliegenden Verschwiegenheit entbinden, damit ich ihn als Zeugen vernehmen kann? — Angekl.: Jawohl.

Es wird dann Rechtsanwalt Dr. Friedmann als Zeuge vernommen. Derselbe weiß sich der Einzelheiten nicht mehr genau zu entsinnen, bestätigt im Wesentlichen aber die Angaben des Angeklagten. Es sei ihm das bei kritisch beschlagahmte Geld in Höhe von 42000 Mark von der Polizei ausgehändigt worden. Hiervom habe Löry noch seiner Rückfahrt etwa 34000 M. zurückgehalten. Der Rest sei durch gerichtlich geltend gemachte Forderungen, Honorare u. s. w. draufgegangen. Über seine Ansänge als „Bankier“ in Berlin macht Löry folgende Angaben: Er sei ursprünglich mit der Absicht umgegangen, ein Schuhgeschäft zu gründen, dann sei er aber zu der Überzeugung gelangt, daß im Bankfache „noch etwas zu machen sei“. Zunächst habe er mit Jonas und Göb zusammen Geschäfte gemacht, dabei hätten sie aber Unglück gehabt und er für seinen Thell habe etwa 20000 M. verloren. Dann habe er die Kommandit-Gesellschaft gegründet, und zwar mit einer Einlage von 60000 M.

Die Verhandlung wird darauf bis Dienstag Vormittags 9½ Uhr vertagt.

Vokales.

Posen, 21. November.

p. **Gast erstickt** wäre über Nacht die Familie eines Gerichtsvollzahlers in der St. Adalbertstraße. Aus den Thüren einer Wohnung drang nämlich gleich zu 11 Uhr ein erstickender Qualm auf den Korridor, sodass die Haushbewohner die Polizei benachrichtigen mußten. Als man mit Gewalt in die Rauch erfüllten Wohnräume drang, fand man die Familie in ihren Betten bereits bewußtlos vor. Im Schlafzimmer hing ein halbverkohnter Paletot, welcher jedenfalls durch eine Unvorsichtigkeit in Brand gerathen war. Mit vieler Mühe gelang es, die Betäubten wieder zum Bewußtsein zurückzurufen.

p. **Schiffsunfall**. Die Schiffsfahrt auf der Warthe hat durch die Stürme der letzten Tage gleichfalls sehr zu leiden gehabt. Der gestern hier angekommen Dampfer „Kaiserin Auguste Victoria“, welcher acht Röhre im Schlepptau hatte, hat unterwegs mit unsäglichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Bei Owińsk wurde ein mit Holz beladener Kahn des Schleppzuges los, da das Schiff von Sturm und Wellen aus dem Fahrwasser getrieben wurde. Der Kahn lief sogleich voll Wasser, sodaß die Mannschaft des Kahn sich eilig in das Boot retten mußte.

p. **Aus dem Polizeibericht**. Verhaftet wurden gestern vier Bettler, zwei Obdachlose, eine Dame, ein stellenloser Kaufmann, der in der Judenstraße vier Röde verkaufen wollte, die nachweislich aus einem Bureau im höchsten Eisenbahnbetriebsamt geflohen waren, ein zwölfjähriger Bursche, der in der Thorstraße Hühner zum Verkauf anbot, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte, und zwei Personen, ein Kaufmann und ein Werkführer, wegen ruhelösenden Lärms in der Wasserstraße. — Konfisziert wurde bei einem Fleischer in der Schifferstraße eine 200 Kilogramm schwere Röhre. — Nach dem politischen Aufbewahrungsort auf dem Cohnschen Grundstück in der Halbdorfstraße wurde ein Pferdwagen der Bavarlabrauerei gebracht, der führerlos in der Schützenstraße stand. — Gefunden sind ein Körbchen mit Handarbeit und ein Sack Hafer.

Angekommene Fremde.

Posen, 21. November.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). [Fernsprech-Anschluß Nr. 16.] Amtsrichter Dr. Lindau a. Wongrowitz, Premier-Lieutenant v. Bodewils a. Penken, die Rittergutsbesitzer Dr. v. Hansemann a. Pempow, Amtsrath Sasse a. Ottowowo, Leut. a. D. Lehmann a. Nitsche, Major a. D. v. Heßdorff a. Gowarzewo, Segl. Amtsrath Seer a. Nischwitz u. Hauptmann a. D. v. Boncet a. Alt-Tomischel, die Richtsanwälte Neimede a. Flehne u. Lembinski mit Frau a. Warschau, Fabrikant Bertram a. Binsse b. R., Baumüller Bodemann mit Familie a. Stettin, Ingenieur Kötterski a. Hannover, Rentier Beck a. Magdeburg, die Kaufleute Bahychoff aus Frankenthal, Hoffmann a. Dresden u. Schneller a. Bromberg.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. [Fernsprech-Anschluß Nr. 103.] Die Kaufleute Meß a. Breslau, Kalischer, Steinitz, Foth, Schlesinger, Saulmann, Schleben u. Behrendt a. Berlin, Eglin a. Dresden, Bischweigert a. Frankfurt u. Henning a. Chemnitz, Fr. Landau a. Wongrowitz, Domänenpächter Bezel a. Dößel, Volontär v. Wöhler a. Weißnau, Dr. Holzer u. Frau a. Berlin, Kgl. Amtspächter v. Pilgrim a. Chocicza, die Rittergutsbesitzer Jozanne a. Breslau, Luther u. Tochter a. Marlenrode, Frau Baumüller Gutföhr a. Grätz, Leut. Ahlemann a. Schwedt.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Beier u. Wilhelm a. Berlin, Wildner a. Breslau, Elgarrenfabrikant Goldstein a. Schönlanke, Gutsbesitzer Thiede a. Koskow, Rentier Berger a. Gorau, Lehrer Mäsur a. Inowrazlaw, Landwirth Speich aus Rheyberg.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Heilbronn a. Inowrazlaw, Cohn a. Berlin, Wiener a. Beuthen, Herhardt a. Wermelskirchen, Gründig a. Leipzig, Dusse a. Berlin, Kirchner a. Breslau, Bühl a. Neuk a. Müller a. Stuttgart, Gutsbesitzer Baker u. Frau a. Kirchen-Dombrowka.

Hotel Victoria. [Fernsprech-Anschluß Nr. 84.] Die Rittergutsbesitzer Graf Mycielski a. Smogorzewo, v. Chlapowski a. Kopaszewo, v. Melicci a. Leszczce, v. Tucholska a. Marcinkowa Wolne, v. Niedorowski a. Polen, Rentier v. Gajewski a. Dresden, Frau v. Chrzanowska a. Polen, Frau Wasowicz a. Bzow, Frau Radzikowska a. Schmiegel, Geistlicher Wawrzyniak a. Schrimm, die Kaufleute Cordes a. London, Witkowski a. Thorn, Krämer u. Rösch a. Berlin, Eulenfeld a. Breslau.

Handel und Verkehr.

W. Posen, 21. Nov. [Original-Wollbericht.] Nach langer Geschäftsstille hat sich der Wollhandel etwas reger gestaltet und haben wir über größere Verkäufe, die während der letzten vierzehn Tage hier stattgefunden, zu berichten. Bei dem willigen Entgegenkommen der Lagerinhaber gingen auch die Abschlüsse leicht von Statthen. Ein auswärtiger Kämmer erwarb ca. 1500 Bentner Schmutzwollen zu Mitte der vierzigsten Mark, ferner kaufte ein Fabrikant Mehreres von Landwolle à circa 100 Mark. In der Provinz sind ebenfalls größere Posten Schmutzwollen zu oben erwähnten Preisen an denselben Kämmer verlaufen worden. Die höchsten Bestände von Rückenwäsch sind ziemlich bedeutend und finden Käufer gute Gelegenheit, ihren Bedarf recht preiswürdig zu decken. Neue Kaufuren waren in letzter Zeit geringfügig.

-n. Barizyn, 21. Nov. [Priv.-Telegr. d. Pos. Btg.] Der Wollmarkt gestaltet sich ziemlich lebhaft. Agenten, die für das Ausland laufen, nehmen größere Posten aus dem Markt. Ebenso zeigen inländische Fabrikanten guten Bedarf. Preise nehmen eine steigende Richtung an. Durch die starken Verkäufe haben sich die Vorräthe merklich verkleinert. Man zahlt für gewöhnliche Schmutzwollen 5½—6½ Rubel, für bessere 7½—8 Rubel, Bergonwolle 18—20 Rubel per Bud.

erfolgte. An der Gruft hielt der bulgarische Ministerpräsident Gekow die Gedächtnissrede.

Rom, 21. Nov. Ungeachtet der wiederholten Ermahnungen des Telegraphendirektors weigerten sich die Telegraphenbeamten die Arbeit aufzunehmen und leisteten den Aufrüttungen, die Bureaus zu verlassen, erst nach dem Erscheinen der bewaffneten Macht Folge. Die streitenden Beamten wurden durch Beamte anderer Städte erlegt, sodaß der Betrieb wieder eingerichtet ist. Die Depechenaussträger haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. In allen anderen Telegraphenämtern Italiens herrscht vollkommene Ruhe.

Rom, 21. Nov. Die Zahl der streikenden Telegraphenbeamten beträgt nahezu zweihundert. Das Ministerium telegraphierte nach Neapel und Florenz nach Ersatz. Des Abends hielten die Streikenden eine Versammlung ab und beschlossen heute Mittag die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn das Ministerium das neue Reglement vertrete, und versprechen würde, die Streikenden nicht zu bestrafen. Andernfalls würde der Streik fortgesetzt werden.

Bayonne, 20. Nov. Die spanischen Telegraphenbeamten streiken jetzt vorgestern.

Paris, 20. Nov. Der Sturm im Kanal la Manche dauert fort. Die Fahrten der Packetboote zwischen Calais und Dover sind unterbrochen. Die telegraphische Verbindung ist noch aufrecht erhalten. Es werden zahlreiche Schiffbrüche und Verluste an Menschenleben gemeldet.

London, 20. Nov. Wie dem „Daily News“ aus Newyork gemeldet wird, weist der amtliche Bericht des nach Hawaii gesandten Spezialkommissars nach, daß der ehemalige Vertreter der Vereinigten Staaten in Honolulu die Revolution durch die amerikanischen Truppen unterstützte ließ. Man beantragte die Wieder-einführung der Königin, doch müsse dieselbe eine Amnestie erlassen, und das Land über die zukünftige Regierungsform befinden.

Athen, 21. Nov. Die Regierung brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, wodurch das Dekret, betreffend die Aufnahme der Fundgelande, aufgehoben wird.

Schneidemühl, 21. Nov. [Priv.-Telegr. d. Pos. Btg.] Die Quellen im Unglücksbrunnen geben sämtlich klares Wasser. Der Abfluß beträgt in der Minute nur noch 100 Liter. Auf Anrathen des anwesenden Bergbaupräsidenten Freund sollen in einem Umkreise von zwölf Meter Durchmesser um den Brunnen Spundwände eingeschlagen und auf diesem Raum Sandhügel als Gegendruck errichtet werden. Regierungs-Präsident v. Tiedemann aus Bromberg ist hier eingetroffen. Brunnentechniker Beyer hat seine Arbeiten eingestellt.

Börse zu Posen.

Posen, 21. November. [Amtlicher Börsenbericht.] Spiritus Geländig —. Regulierungspreis (50er) 49,70, (70er) 29,30. Bolo ohne Fuß (50er) 48,70, (70er) 29,3.

Posen, 21. Nov. [Privat-Bericht.] Butter: leichter Frost. Spiritus etwas matter. Bolo ohne Fuß (50er) 48,70, (70er) 29,3.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 21. November. Telegr. Agentur B. Heimann.) Not.v.20

Weizen schwach	Spiritus matt
do. Nov.-Dez. 141 25	70er lolo ohne Fuß 32 —
do. Mai 149 25	70er Nov.-Dez. 31 50
	70er Januar 31 60

Roggen ruhig	70er April 37 —
do. Nov.-Dez. 126 25	70er Mai 37 20
do. Mai 130 75	70er Juni 37 20

Rüböl fest	50er lolo ohne Fuß 51 50
do. Nov.-Dez. 47 90	51 60
do. April-Mai 48 50	Hafer 48 50
	do. November 154 —

Kündigung in Roggen — Wpl.

Kündigung in Spiritus (50er) — 1000 Liter (70er) 90,000;

Berlin, 21. November. Schluss-Kurse. Not.v.20

Weizen pr. Nov.-Dez.	141 75 141 —
do. pr. Mai	149 75 149 50

Roggen pr. Dezember	126 75 126 50
do. pr. Mai	131 50 131 —

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)	Not.v.20
do. 70er lolo o. F. 32 —	32 10
do. 70er Nov.-Dez. 31 60	31 60
do. 70er Januar	—

do. 70er April 37 —	37 10
do. 70er Mai 37 20	37 30
do. 70er Juni 37 70	37 70

do. 50er lolo o. F. 51 30	51 60
---------------------------	-------

dt. 3% Reichs-Anl 85 20	85 20	Boln. 5% Pfdbrf. 66 20
Konsolid. 4% Anl. 106 40	106 40	Pfdbrf. 66 20
do. 3½% 99 80	99 8	66 20
do. 4% Pfdbrf. 101 60	101 60	66 20
do. 4% Econenr. 98 60	98 60	66 20
do. Rentenbriefe 102 60	102 60	66 20
do. Prov.-Ostig. 95 —	95 —	66 20
Oefter. Banknoten 161 90	161 20	66 20
do. Silberrente 92 —	92 70	66 20
Russ. Banknoten 214 35	214 20	66 20
R. 4½% Bdt. Pfdbrf. 102 20	102 10	66 20

dt. 3% Reichs-Anl 85 20	85 20	Boln. 5% Pfdbrf. 66 20
Konsolid. 4% Anl. 106 40	106 40	Pfdbrf. 66 20
do. 3½% 99 80	99 8	66 20
do. 4% Pfdbrf. 101 60	101 60	66 20
do. 4% Econenr. 98 60	98 60	66 20
do. Rentenbriefe 102 60	102 60	66 20
do. Prov.-Ostig. 95 —	95 —	66 20
Oefter. Banknoten 161 90	161 20	66 20
do. Silberrente 92 —	92 70	66 20
Russ. Banknoten 214 35	214 20	66 20
R. 4½% Bdt. Pfdbrf. 102 20	102 10	66 20

dt. 3% Reichs-Anl 85 20	85 20	Boln. 5% Pfdbrf. 66 20
Konsolid. 4% Anl. 106 40	106 40	Pfdbrf. 66 20
do. 3½% 99 80	99 8	66 20
do. 4% Pfdbrf. 101 60	101 60	66 20
do. 4% Econenr. 98 60	98 60	66 20
do. Rentenbriefe 102 60	102 60	66 20
do. Prov.-Ostig. 95 —	95 —	66 20
Oefter. Banknoten 161 90	161 20	66 20
do. Silberrente 92 —	92 70	66 20
Russ. Banknoten 214 35	214 20	66 20
R. 4½% Bdt. Pfdbrf. 102 20	102 10	66 20

dt. 3% Reichs-Anl 85 20	85 20	Boln. 5% Pfdbrf. 66 20
Konsolid. 4% Anl. 106 40	106 40	Pfdbrf. 66 20
do. 3½% 99 80	99 8	66 20
do. 4% Pfdbrf. 101 60	101 60	66 20
do. 4% Econenr. 98 60	98 60	66 20
do. Rentenbriefe 102 60	102 60	66 20
do. Prov.-Ostig. 95 —	95 —	66 20
Oefter. Banknoten 161 90	161 20	66 20
do. Silberrente 92 —	92 70	66 20
Russ. Banknoten 214 35	214 20	66 20
R. 4½% Bdt. Pfdbrf. 102 20	102 10	66 20

dt. 3% Reichs-Anl 85 20	85 20	Boln.
-------------------------	-------	-------